Demokratie leben und AfD wegregieren



Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Die AfD mit guter Politik "wegregieren" auf allen Ebenen

Seite 2: Einleitung

Seite 3: Szenarien zum Umgang mit der AfD

Seite 4: Schweigen ist falsch!

Seite 5: Mit den Menschen reden!

Seite 5: Unsere Probleme

- Die Infrastruktur

- Eine unsichere Gesellschaft....

Seite 6: Transparenz und hin zu einem Miteinander

- Miteinander mit allen!
- Demokratie leben!

Seite 7: Irgendjemand muss vorangehen und das sollten die Grünen tun!

Seite 7: Die Politik: mehr in kürzerer Zeit erreichen!

Seite 8: Weitere Hintergrundinformationen

- Was sind eigentlich Deutsche?
- LGBTIQ*-Rechte
- Armut nimmt in Deutschland zu
- Die Grenzen Europas in 1000 Jahren im Zeitraffer
- 6 Tipps fürs Gespräch mit AfD-Sympathisant*innen

Die AfD legt seit Jahren bei Wahlen immer mehr zu, ist nach Umfragen auch auf Bundesebene inzwischen ganz vorne dabei. Anscheinend gibt es keine Strategie, um den Zulauf bei den Rechtsextremisten zu stoppen und umzukehren. Es ist auch nicht einfach, den richtigen Umgang mit der AfD zu finden.

Doch nun, nachdem sie vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft worden ist, muss dringendst ein Umgang mit dieser Partei gefunden werden und hier sind alle Ebenen gefordert, von der Kommunalpolitik, von den Ländern sowie vom Bund.

Aus der AfD kamen sofort Stimmen, dass diese Einstufung politisch motiviert sei. Natürlich ist diese Feststellung des BVerfG politisch motiviert, geht es doch bei der politischen Einstufung einer Partei ausschließlich um den Schutz von Politik und Demokratie. Und für diese Einschätzung gibt es gesetzliche Vorgaben, das Grundgesetz (die Verfassung). Was die AfD betreibt, ist aus Sicht ihrer Anhänger demokratisch, aber sie selbst will doch die Meinungsfreiheit einschränken. Es gibt nur ihre Wahrheit. Donald Trump macht es in den USA vor. Sie wollen die Demokratie von innen aushöhlen, stellen sich als Opfer dar. Sie fördern das Auseinanderdriften des gesellschaftlichen Miteinanders. Eine Gesellschaft, die sich auch um die anderen kümmert, ist immun gegen solche Bestrebungen. Auch die Sprache hat sich in den letzten Jahren geändert. Äußerungen, die einst als verbale Gewalt verstanden wurden, sind heute zur Normalität geworden.

Ein Verbot der Partei wäre sicherlich sinnvoll. Die Frage ist jedoch, welche Auswirkungen dies hätte. Sie und ihre Anhänger*innen würden sich als Opfer sehen. Rechtsextremistische Gewalttaten haben in den letzten Jahren bereits zugenommen und man müsste auf noch mehr Gewalt vorbereitet sein.

Gewalt erzeugt häufig Gegengewalt, dies auch bei staatlicher Gewalt. Das zeigt uns die Geschichte. Dies war mehr als deutlich bei den "68ern" und dies führt zu Einschränkungen der Freiheit. Man muss also vorbereitet sein.

Bayern und Hessen wollen ihre Staatsbediensteten überprüfen, um AfD-Mitglieder zu entlassen. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-05/afd-rechtsextremismus-verfassungsschutz-parteimitglieder-einstufung

So gibt es natürlich auch Menschen mit rechtsextremer Gesinnung bei Polizei und Justiz. In der Justiz kann man sie manchmal durch Gerichtsurteile erkennen. Bei der Polizei stehen aktuell 200 Personen unter Verdacht, weil es Äußerungen von ihnen gibt. Aber die Zahl ist definitiv viel höher. https://www.tagesschau.de/inland/polizei-extremismusverdacht-102.html

Auch die staatliche Parteienfinanzierung gehört überprüft und wohl korrigiert oder gar abgeschafft.

Eine lebendige soziale, mit sozialer Infrastruktur ausgestattete Umgebung fördert den Zusammenhalt. Sobald Menschen die Möglichkeit erhalten, vor Ort gemeinsam etwas zu bewegen und Solidarität untereinander erleben, schwindet der Einfluss der AfD. Das kennen wir doch alle selbst.

Der beste Weg wäre ganz sicher, die Partei sofort inhaltlich "kalt zu stellen"! Und dazu sind Gemeinderäte sowie Parlamente auf Landes- und Bundesebene gefragt.

Es gibt drei Szenarien, wie man mit der AfD umgehen kann:

Szenario 1: Die AfD behandeln wie jede andere Oppositions-Partei

Dass Lothar Spahn (CDU) bereits eine Gleichbehandlung der AfD gefordert hat, wäre ja wohl für die Menschen ein Zeichen, dass die Partei anerkannt wird, also auch ruhig gewählt werden kann.

https://www.fr.de/politik/spahn-fordert-gleichbehandlung-der-afd-wie-mit-jeder-anderen-partei-auch-zr-93688198.html

Zuvor ist ja Kanzlerkandidat Friedrich Merz bereits einen Schritt in diese Richtung gegangen. Er riss am 31. Januar 2025 die Brandmauer ein, um bei einer Abstimmung die Mehrheit im Bundestag zu erlangen.

https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=946

Merz sagte hinterher, dass es die Sache Wert gewesen sei.

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-afd-cdu-friedrich-merz-sagt-es-wardie-sache-wert-a-6dd2fd2a-c4e1-4f10-a6de-795ff4556605

Aber auch auf kommunaler Eben wird immer wieder mit der AfD abgestimmt, ebenso bei den Grünen. In Sachsen-Anhalt geht die CDU in mehreren Fällen auf die extrem rechte AfD zu. Dies sind keine Einzelfälle – auf kommunaler Ebene kooperieren alle etablierten Parteien mit Rechtsaußen. https://www.fr.de/politik/untergeht-umgang-mit-afd-wo-die-brandmauer-mit-wehenden-fahnen-93687731.html

Manche Politiker*innen grüßen Abgeordnete oder Räte der AfD, aus Höflichkeit. Werden hier Zeichen gesetzt, dass man die Partei respektiert? Zumindest für manche in der Bevölkerung kann dies ein Zeichen sein, dass es also "nicht so schlimm sein kann", wenn man sie auch wählt.

Szenario 2: Die "Brandmauer"

Der Versuch, die AfD zu isolieren und ihr die Legitimität zu entziehen. Dies funktionierte bisher nicht, im Gegenteil, es hat der Partei eher genützt. In Umfragen ist sie derzeit stärkste Partei. Durch die abwertende Behandlung der AfD befindet sie sich in einer Opferrolle und damit als Gegenpart zu den sogenannten etablierten Parteien, dem sogenannten demokratischen Lager. Wohl gerade die Opferrolle brachte ihr deswegen immer mehr Stimmen.

Szenario 3: Die AfD mit guter Politik schwächen

Viele Wähler*innen der AfD wollen eine Veränderung, weg von der Machtbesessenheit der "etablierten" Parteien. Wir müssen wieder allesamt zurück zur sachorientierten Politik und weg von der wählerorientierten Politik. Es wird verschwiegen, schöngeredet und manchmal gelogen, um die Wähler nicht abzuschrecken. Das ist ein Fehler!

"Rechtspopulismusforscher Quent gibt jedoch zu bedenken, dass der Nährboden für Populismus oft auch in falschen Versprechungen der Politik liege, sei es in der Migrations-, Finanz- oder Klimapolitik."

https://www.tagesschau.de/inland/debatte-afd-umgang-100.html

Dies scheint also der einzig richtige Weg zu sein!

Dass AfDler für Radwege u.ä. mitstimmen und dies akzeptiert wird, ist natürlich ok. Und manche gehen gar vielleicht einen Schritt zurück in Richtung Demokratie. Daher darf es keine absolute Ausgrenzung geben.

Aber nun wird es schwierig: wo zieht man nun die Grenze? Dies müsste man diskutieren, oder man analysiert die Situationen.

Politik gegen die AfD ist in jedem Fall auch Politik für die Kommunen, Politik für möglichst große kommunale Selbstständigkeit, Politik für regionale Märkte und kleine Unternehmen. Und natürlich ist die Liberalisierung von Infrastruktur großer Unsinn, denn dies bedeutet letztendlich, dass Gelder an Konzerne abfließen, die Region selbst geschwächt wird.

Schweigen zu den Äußerungen der AfD ist falsch

Schweigen zu den falschen Behauptungen, die die AfD verbreitet, stärkt diese. Gibt es keinen Widerspruch (mit Belegen), so bleibt bei den Menschen etwas von den Lügen als "Wahrheit" hängen. Nicht anders war es im "3. Reich", das Schweigen stärkte die Nazis.

Ein gutes Beispiel zum Entgegenhalten ist die Migration. Da wurde nie gegen die AfD argumentiert, sondern geschwiegen. Die Meinung, dass Migrant*innen eine Gefahr für Deutschland sind, festigte sich bei vielen Menschen. Um diese Menschen zu gewinnen, wurde das Thema gar von den demokratischen Parteien aufgenommen, sogar die Grünen machten den Schwenk ebenfalls mit.

Vom Arbeitskräftemangel und den Vorteilen, zum Beispiel bei der Renten- und Sozialversicherung (=Beitragszahlende), muss man reden. Dass Flüchtlinge bis zur Anerkennung in für sie vorgesehene Unterkünfte (lagermäßig) untergebracht sind, sie nicht arbeiten dürfen, nichts bezüglich Integration (Sprachkurse und mehr) getan wird und sie lange im Ungewissen ausgegrenzt leben, ist belastend. Die Situation der Flüchtlinge muss bis zur Entscheidung über die Anerkennung verbessert werden, es darf nicht so lange dauern. Auch die Anerkennung von Abschlüssen von Ärzten und Pflegekräften, die in Deutschland arbeiten wollen, dürfen nicht anderthalb bis zwei Jahre dauern! Da könnte der Staat Datenbanken mit Materialien anlegen, in denen festgehalten wird, ob Abschlüsse der Universität X oder der Ausbildung im Land X anerkannt werden. Dann wären Anerkennungen innerhalb weniger Wochen möglich! Bis zum Jahr 2030 könnten bis zu 50tausend Ärzte fehlen. Ebenso werden bis zu 300tausend Pflegekräfte benötigt. In Deutschland arbeiten rund 5.800 syrische Staatsbürger als Ärzte. Sollen diese alle abgeschoben werden? Bereits heute schon kann es gar Monate dauern, bis man einen Arzttermin bekommt. Wie werden wir uns fühlen, wenn nichts mehr funktioniert?

So nebenbei: auch Deutsche, bei denen man einen "Migrationshintergrund" erkennt, werden oft schlecht behandelt.

Mit den Menschen reden!

Dass man Menschen aus der Politik fast nur während des Wahlkampfes auf der Straße trifft, weil sie Werbung für sich und ihre Partei machen wollen, geht nicht! Dann sieht man die meisten vier Jahre kaum, sie sitzen in ihrem "Glashaus" und meinen, dass sie Politik für die Menschen machen. Kennen sie deren Sorgen und Nöte? Ab und zu gibt es vielleicht eine Veranstaltung, bei denen die Politiker*innen auf einem Podium sitzen, also höher als die Zuhörenden. Zu Zwiegesprächen kommt es dort nicht.

Man muss auf die Straße gehen und mit ihnen reden, Gespräche führen! Nur so erfährt man, was sie bedrückt und man kann diese Informationen aufnehmen. Hans-Christian Ströbele war berühmt dafür, dass er immer mit dem Fahrrad fuhr. Sprach ihn jemand auf der Straße an, so hielt er und unterhielt sich mit den Menschen. Sogar ein Präsident tat dies: Pepe Mujica, von 2010 bis 2015 Präsident von Uruguay! Also, warum dies nicht auch hier tun, von der Bundesebene bis hin zu den Kommunen? (Pepe Mujica - Ein Präsident aus Uruguay | Arte Doku)

Ebenso können und sollten Gespräche gesucht werden. Menschen, die bereits vollkommen abgedriftet sind, kann man nicht mehr erreichen. Aber andere kann man sicherlich noch "auffangen", wenn man ihnen gegenüber entsprechend argumentiert, auf ihre Sorgen eingeht und eventuell die "Wahrheiten" der AfD widerlegt (siehe Beispiel Migration).

Dazu gehört, dass man sich nicht auf einen provokanten und aggressiven Ton einlässt, sondern sachlich, ruhig und freundlich bleibt. So gewinnt man Menschen!

Unsere Probleme

Viele Probleme sind bekannt. Neben dem Gesundheitswesen herrscht zunehmender Personalmangel im Bildungssystem (Kitas und Schulen). Bildung ist die Zukunft eines Landes! Der soziale Wohnungsbau kommt nicht wieder in Gang und die Mieten steigen. Die Angst vor Armut nimmt zu. Es wachsen immer mehr Kinder in Armut auf, immer mehr Rentner*innen leben in Armut.

Die Infrastruktur

Öffentlicher Nahverkehr, Infrastruktur von Bahn, Straßen, Radwegen, Gesundheit, Telekommunikation und Energie müssen in öffentlicher Hand bleiben oder wieder zurückgeführt werden. Privatisierungen sind im Interesse von Konzernen, die die Menschen abhängen und Kosten steigen lassen. So führten die Privatisierungen von kommunalen Krankenhäusern zu steigenden Kosten im Gesundheitswesen, die Gewinnoptimierungen gehen zu Lasten des Personals. Der Einstieg von Investoren in Pflegeheime macht deutlich, dass große Gewinne zu Lasten der Versicherten zu machen sind. Am Ausbau des Internet in ländlichen Regionen haben die Konzerne kein Interesse. Hier müssen Lösungen her, die der Gesellschaft zugutekommen.

Eine unsichere Gesellschaft....

Wir sind eine unsichere Gesellschaft! Einzig sicher ist, dass wir in die Grundschule müssen und dort einen Platz haben werden.

Aber wir sind nicht sicher, ob wir

- einen U3-Betreuungsplatz erhalten und ihn bezahlen können,
- einen Kita-Platz erhalten,
- einen Ausbildungs- oder/ und Studienplatz finden,
- einen festen Arbeitsplatz finden, mit dem eine sichere Lebensplanung möglich ist,
- weiterhin eine sichere Krankenkasse haben werden einschließlich Pflegekasse,
- die Wohnung finden werden und bezahlen können, die der jeweilige Lebensabschnitt erfordert,
- eine ausreichende Rente erarbeiten können, die auch sicher ist,
- bei Hilfsbedürftigkeit im Alter Hilfe bzw. einen Pflegeplatz erhalten werden.

Copyright: Reinhard Bayer, Gießen

Transparenz und hin zu einem Miteinander

Ebenso mangelt es sehr häufig an Transparenz in der Politik. Welchen Einfluss haben Lobbyisten auf die Entscheidungen in allen Ebenen? Den Menschen selbst fehlt eine Lobby. Auch Politiker*innen, bei denen es irgendwelche Verdachtsmomente gibt, müssen dazu gebracht werden, diese auszuräumen oder sie müssen gehen.

Gerade wir Deutschen sollten an unsere Geschichte denken, wie einst Hitler an die Macht kam. Und Jens Spahn scheint nicht klar zu sein, dass er bei einer Machtübernahme der AfD zu ihren ersten Opfern gehören würde...gemeinsam mit Alice Weidel und allen anderen Homosexuellen und "Migrant*innen" etc. pp. in der AfD. Sie denken anscheinend, Kooperation würde sie retten können... Dies ist nicht der Fall, wenn es nicht Interessen an einer Person gibt. Siehe USA und alle anderen rechtsextremen Regierungen.

Und was wäre mit Menschen mit irgendeiner Behinderung? Man sollte bedenken, dass es auch einen selbst treffen kann, durch einen Unfall, eine Krankheit oder im Alter.

Ein Björn Höcke würde sich ganz sicher nach einer Machtübernahme sofort an die Spitze setzen und als erstes "aufräumen".

Auch dies sollten die demokratischen Parteien den künftig Betroffenen in aller Klarheit deutlich machen. Aber auch sich selbst - es gibt genügend aktuelle Beispiele, wie diese Gruppierungen an der Macht mit einer Opposition umgehen.

Eine Veränderung wieder zu einem "Gemeinsam" in der Gesellschaft kann es nur geben, wenn sich die Politik auf allen Ebenen den Menschen zuwendet.

Miteinander mit allen!

Es ist auch wichtig, der AfD positive soziale Werte entgegenzusetzen: Mitmenschlichkeit, respektvoller Umgang (auch mit Schwächeren und Minderheiten), Verlässlichkeit, Mitspracherechte geben... . Es ist wichtig, sich nicht auf den Diskurs der AfD, der vorrangig ein negativer ist,

einzulassen. Denn das bestärkt ihre Themensetzung nur. Besser ist, mit Zeigen eines guten Umgangs Ausblicke auf andere mögliche Welten zu schaffen.

Demokratie leben!

Die Zustimmung für die gelebte Demokratie ist in Deutschland stark gesunken, wie aus der Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 hervorgeht. 90,4 Prozent aller Befragten stehen hinter der Demokratie als Idee, aber mit ihrem Zustand in der Bundesrepublik Deutschland sind nur noch 42,3 Prozent zufrieden. Vor zwei Jahren waren es noch 57,7 Prozent. In Ostdeutschland waren es 53,5 Prozent im Jahr 2022, im Jahr 2024 nur noch ganze auf 29,7 Prozent.

https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-11/demokratie-zustimmung-deutschlandsinkt-studie

Die Menschen sollten an der Politik beteiligt werden, denn es geht ja auch um sie selbst! Dazu gehört die Einführung von Bürger*innentscheiden, die von Kommune, Land oder Bund in die Wege geleitet werden.

Auch die Bürger*innen selbst sollten Entscheide einreichen können, über die alle abstimmen. Dafür müssen Regeln auf Grundlage der Demokratie und Gemeinwohl vorgegeben werden. Um diese zu erstellen, müssen definitiv Fachleute aus der Justiz mit eingebunden werden, was für die kommunale Ebene am besten der Deutsche Städte- und Gemeindebund erledigen kann.

NGOs wie Campact, Abstimmung 21 und andere sind wichtig, aber wenn etwas vor dem Beschließen von den Parlamenten ausgeht, dann erstarkt auch die Demokratie.

Mit einem Erstarken der Demokratie wird das Miteinander gefördert.

Irgendjemand muss vorangehen und das sollten die Grünen tun!

Eine Partei, die sich nicht nur für mehr Transparenz einsetzt, muss dies selbst leben. Ebenso die Sorgen und Nöte der Menschen in die Parlamente auf allen Ebenen einbringen, Volksnähe leben! Das bringt ihr definitiv mehr Wähler*innen. So wird automatisch auch Druck auf die anderen Parteien ausgeübt.

Es kann nicht sein, dass Interessen weniger Personen die Politik bestimmen, was seit Helmut Kohl immer stärker zur Normalität wurde. Und nun unter Merz wird das nun getoppt, dass Vorsitzende von Unternehmen Minister*innen werden.

Gehen wir voran und zeigen, wie man Politik macht, was Demokratie und Basisdemokratie ist. Die Basis eines Landes sind die Menschen und nicht wenige Menschen, denen es nur um sich selbst geht!

Die Politik: mehr in kürzerer Zeit erreichen!

Es gibt auch auf regionale Besonderheiten, die angegangen werden können. Diese müssen die Menschen dort erkennen und angehen. Oft ist es auch sinnvoll, sich mit Politiker*innen anderer Kommunen in der Region auszutauschen. Es Ist doch so, dass neue Themen bereits woanders behandelt wurden, so dass man die Erkenntnisse erfahren, übernehmen oder verbessern kann. Dadurch wird viel und oftmals Zeit und Geld gespart.

Das Gleiche gilt natürlich für Länder- und Bundesebene.

Weitere Hintergrundinformationen

Was sind eigentlich Deutsche?

Der Ursprung des heutigen Menschen auf der Erde ist Afrika. Der Neandertaler ist ausgestorben. https://www.planet-wissen.de/geschichte/urzeit/afrika wiege der menschheit/index.html

Die ersten Entwicklungen der deutschen Sprache, so entdeckten Forscher, entstand um 8000 v. Chr. im kleinasiatischen Raum. Daraus entwickelte sich später das sogenannte Indogermanisch: Heute spricht etwa die Hälfte der Menschheit eine Sprache, die darauf zurückgeht. Das eigentliche Germanische kristallisierte sich erst im zweiten Jahrtausend v. Chr. im Norden Europas heraus, wo unterschiedliche Stämme einen Kulturkreis mit ähnlicher Sprache bildeten. https://www.dw.com/de/duden-deutsche-sprache-entstehung/a-61857589

Und auch heute gibt es ja teils große Unterschiede in der deutschen Sprache selbst: die Dialekte! Norddeutsche haben oft Probleme, jemanden aus dem Süden zu verstehen. Und auch zwischen ähnlichen Dialekten gibt es manchmal Verständnisprobleme.

Auch wir, die wir uns als Deutsche bezeichnen, haben Vorfahren, die einst in dieses Gebiet migrierten, das sich heute Deutschland nennt. Und die meisten stammten aus der Heimat der heutigen Flüchtlinge.

https://www.wissenschaft.de/geschichte-archaeologie/warum-es-die-deutschen-wurzeln-nicht-gibt/

Was sind eigentlich die Menschen im Elsass? Deutsche oder Franzosen? Das Gebiet, in dem sie leben, wechselte sehr oft zwischen Frankreich und Deutschland. Aber die Menschen lebten dort weiter.

Ab wann ist man Deutsch? Tino Chrupalla, Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, wurde 1975 in Weißwasser bei Cottbus geboren, also an der Grenze zu Polen. Der Nachname ist polnischen Ursprungs. Müsste er nach AfD-Auffassung nicht remigriert werden? Vielleicht gar alle Menschen, die in dem Land leben, das sich heute Deutschland nennt?

LGBTIQ*-Rechte

Die AfD ist agiert ganz laut gegen LGBTIQ*-Rechte, obwohl ihre lesbische Vorsitzende mit einer aus Sri Lanka stammenden Frau im Ausland (Schweiz) lebt und mit ihr zwei Söhne großzieht. Im Jahr 2017 lehnte die Partei die Legalisierung der Ehe für alle ab, forderte gar 2019 deren Rücknahme. 2022 war

der Versuch erfolglos, ein Gesetz des vereinfachten Geschlechtseintrags für Transmenschen zu blockieren. Weidel nannte die "Trans-Kultur" eine Gefahr für Kinder. Wie kann sich eine Person wie sie dagegen stellen?

https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lsbtiq/die-afd-und-ihre-positionen-gegen-lgbtiq-rechte-ein-kurzer-ueberblick-vor-der-wahl-2025/

Armut nimmt in Deutschland zu

Durch Ausgrenzung werden Vorurteile genährt, wachsen die sozialen Probleme. Menschen werden an den Rand der Gesellschaft oder gar aus ihr heraus gedrängt. Während wenige immer reicher werden, nimmt die Armut enorm zu.

Es gibt nicht genügend Kitas, so dass ein Elternteil oft nicht arbeiten kann. Das Bildungssystem liegt am Boden: Schulgebäude sind marode, es fehlt an tausenden Lehrkräften (die Zahl wird in den nächsten Jahren noch deutlich zunehmen). Menschen ohne Bildungschancen sind auch ein Verlust für das Land. Nur wer Geld hat, kann sich eine gute Bildung für seine Kinder leisten. Dazu gibt es viele Beispiele in der Welt. Ist es das, was wir wollen?

Nur eine gerechte Gesellschaft mit Chancen für alle und mit Respekt gegenüber anderen ist auch eine friedliche Gesellschaft.

Marlene Engelhorn, Nachfahrin des Gründers der BASF von Friedrich Engelhorn und Millionenerbin, verschenkte ihr Erbe äußerte sich einmal wie folgt: "Was wäre ein Unternehmer ohne die Menschen, die Produkte entwickeln, ohne diejenigen, die sie produzieren und ohne die, die sie verkaufen?

https://de.wikipedia.org/wiki/Marlene Engelhorn

Die Grenzen Europas in 1000 Jahren im Zeitraffer

In einem Video ist gut zu sehen, wie Grenzen sich verschoben, Länder in anderen aufgingen, es im heutigen Deutschland viele Länder gab. Und was ist mit dem Elsass? Mal war es französisch, mal deutsch, wechselte viele Male das Land, zu dem es gehörte. Aber die Menschen blieben dort.

https://www.youtube.com/watch?v=RJfQ8-M2-j0

6 Tipps fürs Gespräch mit AfD-Sympathisant*innen

Entscheidend für den Verlauf ist, wie wir eine Diskussion führen und welche Kommunikationsstrategien wir verwenden. Unsere sechs Tipps geben Dir eine Stütze für das Gespräch mit AfD-Sympathisant*innen.

https://www.campact.de/rechtsextremismus/argumente-gegen-die-afd/gespraechstipps/

Streiten wir für eine gerechte und friedliche Gesellschaft!

Es wäre sicherlich sinnvoll, noch mehr Hintergrundinformationen als Argumentationshilfen zu sammeln.

Eine Zusendung an die Ersteller*innen dieses Papiers wäre schön!

Respekt über Allem. Man muss jemanden nicht mögen, aber ihn respektieren. Tue nicht etwas, was du nicht akzeptieren würdest, wenn andere dies tun.

Ersteller*innen dieses Papiers:

Ralf Henze, Kathrin Weber, Reinhard Bayer, Gerhard Fontagnier....

Kontakt: ralf@basis-gruen.de